



Rudolf Ramsauer,
Direktor

Noch nie hat sich die OECD – die Wirtschaftsorganisation der Industrieländer – in ihrem periodischen Länderexamen über die Schweiz so deutlich geäussert wie diesmal: «Entschlossenes Handeln ist notwendig, wenn die Schweiz einen Lebens-

Unser hoher Lebensstandard ist gefährdet, warnt die OECD.

standard bewahren will, der zu den höchsten unter den OECD-Staaten zählt.» Und weiter: «Die fortdauernd schlechte Performance bezüglich Wachstum und Produktivität ist besorgniserregend.» Wir wissen längst, was zu tun ist, und die OECD bestätigt dies: Die Steuer- und Abgabenbelastung ist in keinem anderen Land so stark gestiegen wie bei uns, und wir müssen endlich für mehr Wettbewerb in diversen Bereichen sorgen: im Elektrizitätsmarkt, bei den Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, unter den freien Berufen, im Spitalwesen, in der Landwirtschaftspolitik. Wir haben nicht ein Erkenntnisproblem, sondern ein politisches Umsetzungsproblem in der Schweiz.

@ rudolf.ramsauer@economie.suisse.ch

Reduktion der CO₂-Emissionen

Der Klima-Rappen als aussichtsreiche **Ergänzungsmassnahme**

Die Schweiz ist in Sachen Treibstoffemission noch weit von den Reduktionszielen, wie sie im CO₂-Gesetz festgelegt sind, entfernt. Der Klima-Rappen ist eine Ergänzungsmassnahme, um die Ziele zu erreichen.

Sie ergänzt die anderen freiwilligen Tätigkeiten, welche die Energie-Agentur im Bereich der Brennstoffe entwickelt hat. Gemäss Kyoto-Protokoll kann ein Teil der notwendigen individuellen Reduktion der CO₂-Emissionen über Verpflichtungen im Ausland abgegolten werden. Es ist in der Tat wichtig, dort zu investieren, wo der Return on Investment am grössten ist; dabei geht man davon aus, dass bei globalen klimatischen Fragen der Ort, wo die Treibhausgase reduziert werden, keine Rolle spielt. In diesem Rahmen sieht das Kyoto-Protokoll flexible Mechanismen vor, die handelbare Emissionszertifikate ergeben.

Unsicheres internationales Umfeld

Insbesondere die USA lehnen das Kyoto-Protokoll ab, die Ratifizierung durch Russland ist noch ungewiss. Ohne einen dieser beiden Staaten ist die kontrollierte Menge an Emissionen

nicht ausreichend, um das Protokoll in Kraft zu setzen. Mehrere EU-Staaten werden Mühe haben, ihre Reduktionsziele zu erreichen. Deshalb hat die EU ein Binnenmarktprojekt für die Emissionszertifikate lanciert, das die Europäische Kommission mit oder ohne Kyoto durchführen will. Allerdings haben eine Reihe von Wirtschaftsorganisationen ernsthafte Vorbehalte bezüglich der CO₂-Redukti-



Florent Roduit,
Mitglied der Geschäftsleitung

on vorgebracht, befürchten sie doch negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

Ehrgeizige nationale Ziele

Das CO₂-Gesetz ist das Scharnierstück in unserer Gesetzgebung, wodurch die Schweiz ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen und sie sogar übertreffen will. Gegenwärtig sind wir noch weit davon entfernt, die Gesetzesziele zu erreichen, vor allem im Verkehrsbereich, wo die Emissionen im Jahr 2002 sechs Prozent über dem Niveau von 1990 la-

gen. Bei den Brennstoffen hingegen sind die Ergebnisse der Energie-Agentur der Wirtschaft ermutigend.

Gemäss dem CO₂-Gesetz sollen die Emissionsreduktionen in erster Linie mit freiwilligen Massnahmen erreicht werden. Nur wenn es sich zeigt, dass diese nicht ausreichen, kann der Bund auf den fossilen Energieträgern eine Lenkungsabgabe erheben. Diese beträgt maximal 210 Franken pro Tonne CO₂, was einer Verteuerung des Benzins um 50 Rappen pro Liter entspricht. Das CO₂-Gesetz anerkennt flexible Massnahmen: Wenn das Kyoto-Protokoll in Kraft tritt, kann die Schweiz Emissionsreduktionen berücksichtigen, die sie im Ausland dank flexibler Massnahmen erreicht hat, um dem Reduktionsziel im Gesetz zu entsprechen. Unter Berücksichtigung des internationalen Umfelds hat economie.suisse die Ziele im CO₂-Gesetz befürwortet und unterstützt sie nach wie vor. Zusammen mit andern Wirtschaftsorganisationen hat sie die Energie-Agentur gegründet, die sich beim Bund vertraglich verpflichtet hat, die CO₂-Reduktionsziele bei den Brennstoffen zu erreichen, wobei die bisher erreichten Ergebnisse

Fortsetzung auf Seite 3

Schwerpunktthema

Eine Arbeitsgruppe um economie.suisse präsentierte anlässlich der Medienkonferenz vom 20. Januar neue Wege zur Bildungsfinanzierung. [Seite 2 ▶](#)

Stärkung des Standorts

Die Exportrisikogarantie ist veraltet und muss deshalb modernisiert und an aktuelle Gegebenheiten angepasst werden. [Seite 3 ▶](#)

Handelspartner

Die Schweiz ist zweitwichtigster Exportmarkt der Europäischen Union. Einige Kennzahlen zum Aussenhandel mit der EU. [Seite 4 ▶](#)

KMU-Porträt

Die Emil Ebnetter & Co AG produziert den legendären Appenzeler Alpenbitter, der früher gar als heilende Medizin galt. [Seite 7 ▶](#)

Neue Wege zur Hochschulfinanzierung

Anlässlich der Medienkonferenz vom 20. Januar präsentierten der Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft (akw.), avenir suisse und economie-suisse eine Studie mit neuen Finanzierungsmodellen für Hochschulen.

Angesichts der Globalisierung und der Verschärfung des Standortwettbewerbs zwischen den Nationen ist die Einsicht gewachsen, dass Bildung, Wissen und Können die überragenden Faktoren für den Wohlstand der Schweiz sind. Es kommt auf die langfristige Qualität der Bildung an und es gilt, das geistige Potenzial der Menschen in unserem Land optimal zu fördern.

Tertiärbildung vor grossen Herausforderungen

Verschiedene Hochschulen und Fachbereiche der Schweiz verfügen zurzeit immer noch über eine starke internationale Position. Die Zahl der Studierenden ist stark steigend. Das ist an sich erfreulich. Gleichzeitig sind aber auch Schwächen zutage getreten. In zahlreichen Fächern sind die Betreuungsverhältnisse untragbar geworden. Ganz allgemein leidet die Tertiärbildung Europas primär unter einem Lehr- und Betreuungsproblem, speziell im Vergleich zu guten britischen und amerikanischen Hochschulen. Soll die Bologna-Deklaration erfolgreich umgesetzt werden, ist eine intensivere Betreuung der Studierenden unerlässlich. Dies erfordert eine markant höhere Zahl an Lehrenden. Dazu braucht es entsprechende Mittel. Diese können angesichts der prekären Finanzlage nicht allein durch den Staat beigebracht werden; vielmehr stellt sich die Frage, welchen Beitrag die Studierenden als primär Nutzniessende leisten können – heute decken die Studiengebühren drei Prozent des Aufwands. Eine Erhöhung der Studiengebühren bedingt aber den Auf- beziehungsweise Ausbau eines umfassenden Stipendien-



Reger Aufmarsch anlässlich der Medienkonferenz in Bern.

und Darlehenssystems, das die Chancengleichheit gewährleistet. Studienwilligen sollte ein Studium ihrer Wahl nie verwehrt werden.

Denkanstoss und Impulse geben

Unter der Leitung von Dr. Hans-Ulrich Doerig, Vizepräsident Verwaltungsrat CS Group, hat die Arbeitsgruppe entsprechende neue Finanzierungsmodelle ausgearbeitet. Eine Erhöhung der Studiengebühren – verbunden mit einem System von unverzinslichen und verzinslichen staatlichen Darlehen – würde nicht nur die Chancengleichheit gegenüber dem heutigen Zustand vergrössern. Dank den zusätzlichen Einnahmen der Hochschulen liessen sich durch die Anstellung zusätzlicher Professoren auch die Betreuungsverhältnisse verbessern. Unabhängig von der Einführung dieses neuen Finanzierungsmodells bleibt jedoch eine verlässliche staatliche Grundfinanzierung von Hochschulen und Forschung unerlässlich. Ziel der Studie ist es, der öffentlichen Debatte über die künftige Schweizer Bildungspolitik neue Impulse zu geben. Darüber hinaus soll sie einen Beitrag zum Erhalt und zur Steigerung der Leistungsbeurteilung leisten. Sie will eine

heute teilweise durchschnittliche und oft unbefriedigende Studienlösung durch eine spürbar bessere ersetzen. Zusätzliche Werteschaffung und langfristige internationale Konkurrenzfähigkeit der Absolventen und Absolventinnen sowie der Hochschulen der Schweiz sind die strategischen Ziele.

Positive Kettenreaktion

Die Vorteile einer besseren Betreuung schaffen weiteren Nutzen: intensiveres Studium, höhere Abschlussqualität, höhere Konkurrenzfähigkeit des Individuums, höhere Abschlussquote, motivierte Lehrkräfte, mehr Zeit für Forschung, höheres Forschungspotenzial, mehr Innovation, mehr Produktivität, mehr Wertschöpfung, mehr Wachstum, höhere generelle Standortqualität.

Grosse mediale Resonanz

Die Arbeitsgruppe ist überzeugt, auch angesichts des medialen Echos in den Tagen nach der Konferenz, der Diskussion einen wichtigen Impuls verliehen zu haben. Es gilt nun, die angestrebten Neuerungen anzugehen, damit die Schweiz nicht in das Bildungsmittelfeld absinkt. Die Studie als PDF und vertiefende Informationen zu den neuen Wegen der Bil-



Hans-Ulrich Doerig, Vorsitzender der Arbeitsgruppe und Vizepräsident Verwaltungsrat CS Group



Xavier Comtesse, Stellvertretender Direktor Avenir Suisse



Roland Waibel, Universität St. Gallen



Rudolf Walser, Mitglied der Geschäftsleitung economie-suisse



Michael Kohn, Ehrenpräsident akw.

dungsfinanzierung und zur Bildungspolitik gibt es unter www.economiesuisse.ch.



«Moderne» Exportrisikogarantie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Seit Mitte November ist der Vorentwurf zur Revision der Exportrisikoversicherung in der Vernehmlassung.

Aus diesem Anlass hat *economiesuisse* die interessierten Branchen und die Handelskammern zu einem gemeinsamen Informations- und Erfahrungsaustausch eingeladen.

In seinem Eingangsvotum hob *Florent Roduit*, Mitglied der GL von *economiesuisse*, die Bedeutung der Exportrisikogarantie (ERG) hervor. Als wichtiges Instrument der Exportindustrie habe sie sich bestens bewährt. Sie helfe Schweizer Exporteuren in neuen Märkten Fuss zu fassen und im internationalen Wettbewerb gegen andere Anbieter zu bestehen. Die Exportwirtschaft trage damit entscheidend zur Wirtschaftskraft unseres Landes bei und sichere über 360 000 Arbeitsplätze. Es sei gelungen, die ERG immer wieder den rasch wandelnden Bedürfnissen der Exportwirtschaft anzupassen. Inzwischen sei jedoch das aus dem Jahr 1958 stammende ERG-Gesetz veraltet und müsse modernisiert werden.

Peter Silberschmidt, Direktor der Swiss ERG, unterstrich diese

Aussage und betonte, dass sich das weltwirtschaftliche Umfeld stark gewandelt habe. Die Globalisierung der Produktion habe die traditionellen Lieferanten-Abnehmer-Bindungen massiv verändert. Ehemals staatliche Einflussbereiche, für welche die ERG ursprünglich konzipiert war, seien in den Entwicklungs-, Schwellen- und Transitionsländern in den Privatsektor übergegangen. Aus diesem Grund werde die Abdeckung des privaten Käuferrisikos immer wichtiger, umso mehr als die staatlichen ERG-Institutionen im Ausland, mit denen die Schweiz im Wettbewerb stehe, dieses Risiko versichern würden. *Thomas Daum*, Direktor *Swissmem*, unterstrich in diesem Zusammenhang die grosse Exportabhängigkeit der Schweizer MEM-Industrie.

Ungefähr 75 Prozent aller durch die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM) produzierten Güter würden exportiert, was jährlich ein Exportvolumen von 54 Mrd. Franken ergebe. Davon würden rund 307 000 Beschäftigte in der MEM-Industrie und indirekt Tausende Arbeitsplätze in anderen Branchen abhängen.

Erschliessung neuer Märkte

Thomas Daum machte klar, dass die Deckung des privaten Käuferrisikos dringend notwendig sei, denn der globale Liberalisierungstrend gehe unvermindert weiter, für langfristige Finanzierungen gäbe es keinen privaten Versicherungsmarkt in der Schweiz, und bei der Erschliessung neuer Märkte habe man nur als «Frontrunner» eine Chance.

Anhand von Beispielen aus der Praxis verdeutlichte *Michael Enderle* von *Rieter Textile Systems* dieses Problem. Abschliessend wies *Swissmem*-Direktor *Daum* auf die Eigenwirtschaftlichkeit der ERG hin und machte deutlich, dass er bei den privaten Käuferrisiken mit einer sorgfältigen Selektion rechne.

Beat Moser, Direktor der *SGCI Chemie Pharma Schweiz*, erläuterte die besondere Interessenlage der chemischen und pharmazeutischen Unternehmen bezüglich der Reformierung der ERG. Er erwähnte das bestehende Konzept von Globalgarantien, das für die *SGCI* eine Branchenlösung nach *Mass* darstelle. Dadurch könnten die Garantien der Exporteure zusammengefasst, die Zahlungsausstände überwacht und eine halbjährliche Prämienabrechnung erstellt werden, was vorteilhaft für alle Beteiligten sei. Die *SGCI* stehe einer Modernisierung der ERG positiv gegenüber, wenn dadurch eine administrativ einfachere Abwicklung ermöglicht werde und damit im Sinne eines «One-stop-shops» eine Versicherung aus einer Hand angeboten werden könne.



Peter Silberschmidt, Beat Moser und Thomas Daum am Informationsseminar.

@ fredy.mueller@economiesuisse.ch

Fortsetzung von Seite 1

sehr erfreulich sind. Um die gesetzlichen Ziele zu erreichen, stellt die Lenkungsabgabe nur das letzte Mittel dar. Erst wenn alle andern freiwilligen Massnahmen ausgeschöpft sind, wird sie erhoben. Falls mit diesen Massnahmen das Ziel nicht erreicht wird, akzeptiert *economiesuisse* auch eine CO₂-Lenkungsabgabe.

Eine erfolgsversprechende Massnahme

Der Klima-Rappen ist im Sinne des CO₂-Gesetzes eine freiwillige Massnahme, die es ermöglichen soll, die gesetzlich festgelegten Ziele bei den Treibstoffen zu erreichen. Der Klima-Rappen ist deshalb eine Alternative zur Lenkungsabgabe. Der Ertrag des Kli-

ma-Rappens (etwa 100 Mio. Franken pro Jahr) wird für nationale und internationale Projekte eingesetzt. Ein Teil der notwendigen Reduktion der Emissionen in der Schweiz wird dank Sparmassnahmen im schweizerischen Verkehrsreich erreicht, der Rest dank der flexiblen Mechanismen.

Gemäss einer Studie der Erdöl-Vereinigung liegen die wirtschaftlichen Kosten der CO₂-Abgabe ungefähr fünfmal höher als beim Klima-Rappen. Dieser Unterschied ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Klima-Rappen keine Einnahmenverluste bei den Tankstellen in Grenznähe verursacht. Der niedrigere Benzinpreis in der Schweiz gegenüber dem Ausland führt dazu, dass Grenzgänger den Tank

in der Schweiz auffüllen. Die CO₂-Abgabe würde die Einnahmen aus der Mineralölsteuer um mehr als 500 Mio. Franken verringern. Der Klima-Rappen hingegen hätte praktisch keine Auswirkung auf die Bundesfinanzen. Ausserdem würde ein höherer Benzinpreis den Benzintourismus umkehren; das Benzin würde eher im Ausland als in der Schweiz gekauft, was zwar die CO₂-Bilanz auf dem Papier verbessern, die CO₂-Emissionen jedoch nicht reduzieren würde. Beim Klima-Rappen hingegen könnte der CO₂-Ausstoss effektiv reduziert werden.

Der Vorstandsausschuss von *economiesuisse* nimmt, in der Annahme, dass die internationalen Rahmenbedingungen unverändert bleiben, eine positive

Haltung zum Klima-Rappen ein. Dabei hat er insbesondere berücksichtigt, dass auf diese Weise die Ziele im CO₂-Gesetz zu annehmbaren Kosten erreicht werden können, und dies ohne Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Unternehmen und den Wirtschaftssektoren. Ausserdem würden die Bundesfinanzen dadurch praktisch nicht beeinflusst, und unser Land hätte die Möglichkeit, rasch am Zertifikatshandel teilzunehmen. Allerdings müsste das Vorhaben unter dem Dach der Energie-Agentur durchgeführt werden, damit alle möglichen Synergien und Kooperationen zwischen den Aktionen im Treib- und Brennstoffsektor genutzt werden können.

@ florent.rodut@economiesuisse.ch

WTO: Der Doha-Runde wieder Schwung verleihen

Die Kommission «Aussenwirtschaftspolitik» von economiesuisse, die im Jahr 2000 gegründet worden ist und unter dem Vorsitz von Andreas W. Keller steht, traf sich zur 6. Sitzung.

Die ins Stocken geratene «Doha Development Agenda» und deren Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft standen im Zentrum der Diskussion. Als Gäste nahmen an dieser in Genf durchgeführten Aussprache die WTO-Botschafter Brasiliens, Luiz Felipe de Seixas Correa, Indiens, K. M. Chandrasekhar, und der Schweiz, Pierre-Louis Girard, sowie Minister Didier Chambovey (ebenfalls Schweiz) teil. Die Diskussion drehte sich um die

Fragen, weshalb es an der WTO-Ministerkonferenz in Cancún vom vergangenen September zum Stillstand in den Verhandlungen gekommen war, welches die Anliegen und Forderungen der wichtigsten Gruppen inklusive der G-20 (Brasilien, Indien, China usw.) sind und wo allenfalls Spielraum bei einer Neuaufnahme der Diskussionen in den Verhandlungsgruppen besteht. Ebenfalls besprochen wurde die Position der Schweizer Wirtschaft, die mit jener der europäischen abgestimmt ist. Im Wesentlichen fordert die Wirtschaft, nicht unnötig Zeit zu verlieren und die Verhandlungen möglichst rasch wieder aufzunehmen. Grundsätzlich soll man sich nicht mit einer so genannten «Markt-

zutrittsrunde» begnügen, sondern einen weiter gefassten Ansatz ins Auge fassen. Die politischen Behörden in der Schweiz sind gefordert, den Anliegen der Wirtschaft möglichst umfassend Rechnung zu tragen und die entsprechenden strukturellen Anpassungen entschlossen anzugehen.

An seiner Sitzung vom 26. Januar 2004 nahm der Vorstandsausschuss vom Bericht der Kommission sowie von den Postulaten bezüglich der WTO-Runde in zustimmendem Sinne Kenntnis. Die Kommission «Aussenwirtschaftspolitik» umfasst derzeit 15 Unternehmensvertreter aus allen wichtigen, international tätigen Wirtschaftsbranchen der Schweiz.

@ gregor.kuendig@economicsuisse.ch

Schweiz zweitwichtigster Exportmarkt der EU

Die Schweiz ist einer der wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union. Trotzdem wird ihre wirtschaftliche Bedeutung oft unterschätzt. Nachfolgend haben wir einige wichtige Kennzahlen zusammengestellt.

Aussenhandel

Die Schweiz führte im Jahr 2002 Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp 60 Mrd. Euro in den EU-Raum aus. Im Gegenzug exportierte die Europäische Union Waren und Dienstleistungen im Wert von über 70 Mrd. Euro in die Schweiz. Nach den Vereinigten Staaten ist unser Land somit der bedeutendste Exportmarkt für EU-Unternehmen (siehe Tabelle unten).

Direktinvestitionen

Jedes fünfte Schweizer Unternehmen ist im Ausland mittels vertraglichen Kooperationen,

Gemeinschaftsunternehmen oder Tochterfirmen präsent. Die bedeutendste Zielregion bildet dabei die EU. Auch im konjunkturell schwierigen Jahr 2002 investierte die Schweizer Wirtschaft über 7 Mrd. Franken im EU-Raum (im Jahr 2000 waren die Investitionen noch fast doppelt so hoch). Der gesamte Kapitalbestand der Direktinvestitionen belief sich Ende 2002 auf rund 180 Mrd. Franken. Schweizer Unterneh-

men beschäftigten im Jahr 2002 über 800 000 Mitarbeiter im EU-Raum.

Die Europäische Union ist nicht nur die bedeutendste Zielregion von Schweizer Direktinvestitionen, sondern sie investierte ihrerseits bis Ende 2002 über 99 Mrd. Franken in der Schweiz (siehe Tabelle oben). Diese Kennzahlen zeigen, dass die Schweizer Wirtschaft nicht rein einseitig von der EU abhängig ist. Vielmehr wird deutlich, wie eng die beiden Wirtschaftsräume verflochten sind. Weitere Kennzahlen zur Beziehung Schweiz – EU finden Sie auf der Brüssel-Website von economiesuisse.

	Schweizerische Direktinvestitionen im Ausland (Kapitalexporte) 2002		Ausländische Direktinvestitionen in der Schweiz (Kapitalimporte) 2002	
	in %	in Mrd. Franken	in %	in Mrd. Franken
EU 15	61.6	7.27	75.2	6.62
Total	100	11.81	100	8.80

	Schweizerische Direktinvestitionen im Ausland (Kapitalbestand Ende 2002)		Ausländische Direktinvestitionen in der Schweiz (Kapitalbestand Ende 2002)	
	in %	in Mrd. Franken	in %	in Mrd. Franken
EU 15	43.9	179.84	57.4	99.56
Total	100	409.66	100	173.46

	EU-Exporte 2002		EU-Importe 2002	
	in %	in Mrd. Euro	in %	in Mrd. Euro
Schweiz	7.1	70.6	5.9	58.8
USA	24.1	239.9	17.6	174.7
Japan	4.2	42.3	6.9	68.5
Total	100	993.8	100	987.5

Quelle: Eurostat

Schweizer Know-how für Vietnam und China

Ein Konsortium der Schweizer Fachhochschulen und das auf internationale Projekte im Bildungsbereich spezialisierte Unternehmen edics lancieren in Zusammenarbeit mit der Vietnam National University Saigon vor Ort die Einrichtung einer High-Tech-Plattform, die sich unter anderem auch die verstärkte Förderung von Schweizer KMU in Vietnam zum Ziel setzt.

Vorgesehen ist die Gründung eines Instituts für angewandte Forschung und Entwicklung, das Schweizer KMU bei der Anpassung ihrer Produkte und Dienstleistungen an die Bedürfnisse des vietnamesischen Marktes unterstützt und umgekehrt vietnamesische Studenten im Rahmen einer professionellen, das Angebot der hiesigen Lehrinstitute ergänzenden Ausbildung an die High-Tech-Kultur der industrialisierten Länder heranführt.

Ausbildung in E-Business und E-Government für China

Der ursprünglich für den Schweizer Markt entwickelte «International Academy Master for E-Business und E-Government» soll nach China exportiert und entsprechend angepasst werden. Die Lancierung einer chinesischen Version des Academy Masters bietet den Auszubildenden im «Reich der Mitte» Gelegenheit, sich mit den Möglichkeiten von E-Business und E-Government vertraut zu machen, und dient nicht zuletzt dazu, die Schweiz in China als international führendes Kompetenzzentrum für Aus- und Weiterbildung bekannt und beliebt zu machen.

Diese Projekte sind gute Beispiele für erfolgsversprechende und grenzüberschreitende Public Private Partnership. Erfreulich ist vor allem, dass die Projekte zur Ausstrahlung des schweizerischen tertiären Bildungssystems in einer dynamischen Weltgehend beitragen. Es ist zu hoffen, dass sie zu einem vollen Erfolg werden.

Für weitere Informationen:

 www.edics.ch

 www.ecademy.ch

Ablehnung und Vorbehalte zur MwSt.-Erhöhung

Die Gremien von **economiesuisse** und **Schweizerischem Arbeitgeberverband** haben sich mit den **Abstimmungs-vorlagen vom 16. Mai 2004** befasst.

Beide Verbände haben die volle Unterstützung für das Steuerpaket beschlossen. Das Steuerpaket bringt eine dringend notwendige Entlastung für den Mittelstand und die Familien und beseitigt die steuerliche Diskriminierung von verheirateten Paaren. Es setzt ein klares Zeichen, dass die rekordhohe Zunahme der Fiskal- und Abgabenbelastung der letzten Jahre nicht fortgesetzt werden darf und fördert ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Arbeitgeberverband und **economiesuisse** befürworten die

11. AHV-Revision. Sie ist angesichts der demographischen Entwicklung ein notwendiger Schritt zur Sicherung der AHV. Die Angleichung des Rentenalters der Frauen an dasjenige der Männer im Jahre 2009 ist angesichts der höheren Lebenserwartung der Frauen ein Gebot der Gerechtigkeit. Die Anpassung der Witwenrente gibt die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre wieder. Schliesslich wird für beide Geschlechter der Rentenbezug weiter flexibilisiert, sodass neu bereits ab Alter 59 eine Teilrente bezogen werden kann. **economiesuisse** und Arbeitgeberverband lehnen jede Erhöhung von Steuern und anderer Abgaben wie Lohnabzüge auf Vorrat ab. Die Verbände

wären bereit, die 0,8-Prozent-Erhöpfung für die Invalidenversicherung zu akzeptieren, weil zurzeit keine andere Möglichkeit besteht, die gefährlich wachsenden Defizite auszugleichen. Sie erwarten aber, dass die dringend nötige 5. IV-Revision Entlastung bringt und schnell umgesetzt wird. Weil im Beschluss aber gleichzeitig ein MwSt.-Prozent für die AHV auf Vorrat beschlossen werden soll, lehnt **economiesuisse** den Finanzierungsbeschluss ab. Der Arbeitgeberverband hat keine Parole beschlossen. Die Verknüpfung zweier unabhängiger Sachfragen in einem Beschluss ist für seine Mitgliedschaft nicht akzeptabel.



Verordnungspaket zum neuen Chemikalienrecht

Das Eidgenössische Departement des Innern hat die Vernehmlassung zu einem **Verordnungspaket bezüglich Chemikalienrecht** eingeleitet.

Im Vordergrund stehen eine Harmonisierung mit dem EU-Recht und ein verbesserter Schutz von Mensch und Umwelt. Die Bestimmungen entsprechen dem gegenwärtigen Kenntnisstand; Handelshemmnisse mit den wichtigsten Partnern wurden beseitigt.

Die SGCI Chemie Pharma Schweiz begrüsst die Anpassung an das EU-Recht, was den Handel mit chemischen Erzeugnissen (60 Prozent des Exports und 85 Prozent des Imports werden mit der Europäischen Union abgewickelt) vereinfacht. Sie ist allerdings dagegen, die Umsetzung der zukünftigen europäischen Politik abzuwarten, da dies eine grosse Verzögerung verursachen würde.



Die Vernehmlassung betrifft die nachstehenden Texte:

- Verordnung über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitung

- Biozidprodukteverordnung
- Verordnung zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen
- Verordnung über die Ein- und Ausfuhr von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen
- Verordnung über die gute Laborpraxis
- Verordnung über Gebühren für den Bundesvollzug der Chemikaliengesetzgebung

Unter **www.parchem.ch** können die Dokumente, welche Gegenstand des Verfahrens sind, abgerufen werden.

Mitglieder, die an der Vernehmlassung teilnehmen möchten, sind gebeten, ihre Antworten bis zum 17. März 2004 einzureichen.



Gentechnik-Gesetz mit positiven Effekten

Am 1. Januar 2004 ist das **Gentechnik-Gesetz (GTG)** für die Anwendung im **ausserhumanen Bereich** in Kraft getreten.

Die Wirtschaft hat dieses wichtige Gesetz in seiner Entstehung unterstützt und ist froh, dass nun die Anwendung der Gentechnik in der Schweiz verantwortungsvoll praktiziert werden kann. Mit dem neuen Gentechnik-Gesetz erhält die Schweiz eines der strengsten Gesetze der Welt. Es schützt Menschen, Tier und Umwelt vor Missbräuchen der Gentechnologie. Gleichzeitig wird auch die Wahlfreiheit von Konsumentinnen und Konsumenten gewährleistet. Insbesondere erhält das GTG als neues Element eine verschärfte Regelung der Haftpflicht mit im Vergleich zu heute längeren Verjährungsfristen (drei bzw. 30 Jahre statt einem bzw. zehn Jahre). Überdies wird der Schutz der Produktion ohne gentechnisch veränderte Organismen gewährleistet.

Klare Rahmenbedingungen

Die Biotechnologiebranche zählte auch 2003 zu den wachstumsstärksten Branchen des Landes. Die Produktion wurde erhöht, neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Die Schweiz besitzt die grosse Chance, im internationalen Wettbewerb der Biotechnologie-Standorte in der Spitzenklasse mitzuspielen. Dafür sind klare, verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich, die Investitionen in den Wirtschaftsstandort Schweiz erleichtern. Das neue Gentechnik-Gesetz stellt wichtige Weichen für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Die Schweiz ist mit dem neuen Gentechnik-Gesetz bereit für die Koexistenz, das heisst für ein Nebeneinander verschiedener Technologien und Anbausysteme. **economiesuisse** ist überzeugt, dass eine zukunftsgerichtete Landwirtschaft, welche die modernsten Technologien wie die Gentechnologie in ihre Überlegungen einbezieht, den Wirtschaftsstandort Schweiz stärkt.



Weitere Unternehmensgruppen vom Bund auditiert

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW), die sich für die Steigerung der Energieeffizienz und die Reduktion der CO₂-Emissionen von Unternehmen einsetzt, befindet sich weiter im Fahrplan.

Zu Beginn dieses Jahres erfasst die EnAW ein Volumen von rund 3,2 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen in Zielvereinbarungen und Deklarationen. Bereits 15 Unternehmensgruppen sind durch den Auditierungsprozess der zuständigen Bundesämter BUWAL und BFE gegangen. Weitere stehen mitten im Verfahren oder unmittelbar davor.

Die Energiepolitik des Bundes basiert auf Energie- und CO₂-Gesetz. Diese gesetzlichen Vorgaben sehen vor, dass die Wirtschaft ihre Aufgaben in der Energie- und Klimapolitik freiwillig erfüllt. Diesen Beweis für die Wirtschaft zu erbringen, ist die EnAW angetreten. «Wir werten es rückblickend auf das letzte Jahr als Erfolg, dass es uns gelungen ist, in den Bereichen

Industrie, Gewerbe und Dienstleistung einen sich selbst tragenden Prozess zur Lösung der energie- und klimapolitischen Aufgaben in Gang zu bringen», meint Max Zürcher, Geschäftsführer der EnAW. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat hat an Pragmatismus gewonnen und kann mit konkreten Zielvereinbarungsergebnissen aufwarten. So war 2003 geprägt durch den Aufbau der Gruppenprozesse. Die EnAW deckt heute nun ein sehr breites Branchenspektrum ab und ist in allen Landesteilen mit aktiven Gruppen präsent. Zurzeit zählt die EnAW rund 1000 teilnehmende Betriebe, zusammengefasst in 77 Gruppen sowie eine Branchendeklaration. 67 Zielvereinbarungs-Gruppen arbeiten im Energie-Modell für Grossverbraucher und zehn im Benchmark-Modell für KMU. Mit den in der EnAW organisierten Teilnehmern kann die EnAW bereits deutlich über 30 Prozent der CO₂-Emissionen der gesamten Wirtschaft abdecken.

Aufgrund der heutigen Datelage ist damit zu rechnen, dass die Unternehmen, die sich in den EnAW-Prozess zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Senkung der CO₂-Emissionen eingeklinkt haben, das Brennstoffziel des CO₂-Gesetzes erreichen werden. Insgesamt müssen die CO₂-Emissionen im Jahr 2010 um 15 Prozent unter jenen des Jahres 1990 liegen.

Für jene 15 Unternehmensgruppen, die das Audit des Bundes erfolgreich bestanden haben, bedeutet dies, dass ihre Zielsetzungen vom Bund als ausreichend ambitioniert, also dem CO₂-Gesetz entsprechend beurteilt werden. Das gilt derzeit für Unternehmen von elf Energie-Modell-Gruppen und vier Gruppen, die in dem für KMU geeigneten Benchmark-Modell organisiert sind. Bereits wurden auch zwei reine Gruppen von professionellen Transporteuren auditiert. Weitere 27 Unternehmensgruppen stehen mitten im EnAW-internen Plausibilisierungs- oder im Auditverfahren des Bundes.

European Business Summit 2004

«Forschung und Innovation: Eine europäische Strategie für mehr Wachstum und Arbeitsplätze» – so das Motto des dritten European Business Summit (EBS), welcher vom 11. bis 12. März 2004 in Brüssel stattfindet.

Der European Business Summit (EBS) wird alljährlich vom Belgischen Unternehmerverband (FEB) gemeinsam mit dem Europäischen Arbeitgeberverband (UNICE) mit dem Ziel organisiert, politische Entscheidungsträger, Wirtschaftsvertreter und NGOs zusammenzubringen. Der EBS bildet somit eine der wichtigsten Plattformen für einen konstruktiven Dialog und Gedankenaustausch über die Zukunft Europas.

Es soll die Frage diskutiert werden, ob sich Europa bis ins Jahr

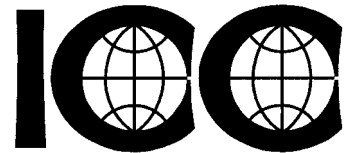
2010 zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum entwickeln wird, obwohl die momentane Situation vermuten lässt, dass die Lissabon-Strategie nicht vollumfänglich umgesetzt werden kann. Der EBS soll es ausserdem ermöglichen, den immer noch relativ isolierten Bereich «Forschung und Innovation» gegenüber anderen Bereichen (Umwelt, Energie, Binnenmarkt, Erziehung) zu öffnen und mit diesen enger zu verknüpfen.

Der Zeitpunkt des Summits – eine Woche vor dem Beginn des Frühjahrsgipfels der EU – bietet den Wirtschaftsvertretern die ideale Möglichkeit, ihre Anliegen und Positionen den politischen Entscheidungsträgern darzulegen. Noch offene Gräben zwischen Politik und Wirtschaft können überwunden werden.

Dementsprechend hochkarätig zeigt sich auch dieses Jahr wieder das Teilnehmerfeld. Als Redner konnten neben den Kommissaren Busquin (Forschung), Liikanen (Unternehmen und Informationsgesellschaft), Wallström (Umwelt), Diamantopoulou (Beschäftigung und Soziales) und Vitorino (Justiz und Inneres) mehrere hochrangige Minister gewonnen werden. Von Seiten der Wirtschaft werden unter anderen Jean Martin, President CIAA und Business Group President Unilever, Markus Akermann, CEO Holcim (Zusage noch offen), Brian Ager, Director General EFPIA, sowie Tom McKillop, CEO Astra Zeneca, an den Debatten teilnehmen.

Anmeldung unter:

 www.ebsummit.org



35. Weltkongress

Die internationale Handelskammer (ICC) führt ihren Weltkongress in Marrakesch vom 6. bis zum 9. Juni 2004 durch.

Die Plenarsitzungen, an denen Persönlichkeiten aus internationalen Wirtschafts- und Regierungskreisen das Wort ergreifen, sind den Schlüsselthemen, welche die Weltwirtschaft beschäftigen, gewidmet:

- Die neue Europäische Union – Museum oder Versuchsraum?
- Risiken, Instabilität und Überraschungen
- Der Multilateralismus unter Beschuss – ist die Weltwirtschaft gefährdet?

Die Arbeitsgruppen befassen sich mit den Hauptproblemen, denen die Unternehmen heute ausgesetzt sind und mit der Arbeit der Kommission der ICC, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden:

- Die Instrumente der ICC für den Handel so gut wie möglich nutzen
- Bedrohungen der Unternehmen durch kriminelle und terroristische Angriffe
- Das geistige Eigentum – eine Rechtsfrage
- Die Technologie im Dienste der Entwicklung
- Beilegung von Streitfällen
- Die Grenzformalitäten für den Warenverkehr vereinfachen

Anlässlich des Kongresses werden die Finalisten des «World Business Award» (dieser Preis wurde von der ICC zusammen mit dem Programm der Vereinten Nationen für Entwicklung und dem Prince of Wales International Business Forum geschaffen) den Teilnehmern ihre Projekte vorstellen.

Interessenten steht das Programm bei der ICC Switzerland zur Verfügung:

 info@icc-switzerland.ch

Der «Swiss Ethno-Drink»

Das Aperitifgetränk Alpenbitter aus Appenzell besteht aus 42 verschiedenen Kräutern und wird seit über hundert Jahren nach dem gleichen Rezept hergestellt.

«Wir sind ein schweizerisches Urgestein», sagt Geschäftsführer Willi Felder und lacht. Und das stimmt. Fast jeder Schweizer und jede Schweizerin kennt ihn: den bitter-süssen Appenzeller. Seit über hundert Jahren wird das Aperitifgetränk im kleinen Appenzell produziert und geniesst einen fast hundertprozentigen Bekanntheitsgrad in der Schweiz.

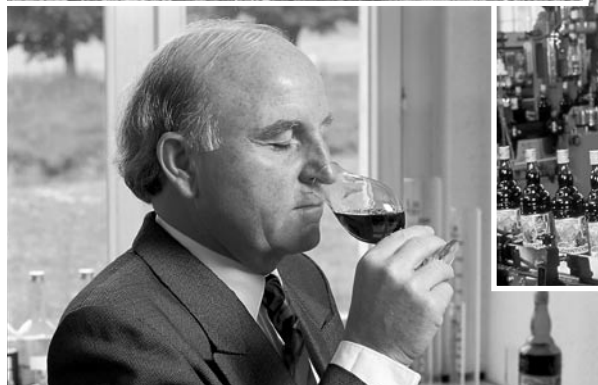
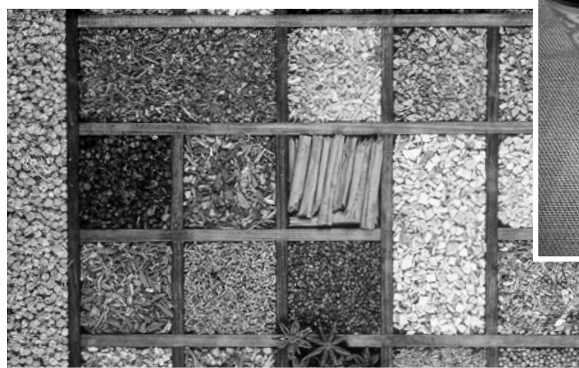
1902 «erfand» der knapp 20jährige Emil Ebnetter dieses Getränk, indem er die verschiedensten heimischen Kräuter zusammenmischte. Nach mehreren Versuchen entstand jene Mischung, aus welcher der Appenzeller heute noch hergestellt wird. Ein paar Jahre später – 1908 – gründete er mit seinem Schwager Beat Kölbener die Emil Ebnetter & Co.

Ein untypischer Familienbetrieb

Noch heute ist das Unternehmen mit seinen rund 30 Mitarbeitern ein reiner Familienbetrieb und wird von der dritten Generation der Familie geführt. Das Aktienkapital beläuft sich auf rund eine Million Franken. Sehr untypisch für ein Familienunternehmen ist die strikte personelle Trennung zwischen dem Verwaltungsrat und dem operativen Geschäft. Während der Verwaltungsrat nur aus Familienmitgliedern besteht, wird schon seit längerem die operative Leitung des Unternehmens von Nicht-Familienmitgliedern wahrgenommen. «Ich bin der dritte, so genannte «fremde» Geschäftsführer», sagt Willi Felder.

Die Appenzeller-Rezeptur ist geheim

Hingegen ist das Rezept für das populäre Bittergetränk alleine in der Hand der Familie. Die



Der Geschäftsführer, Willi Felder, degustiert seinen Alpenbitter.



Appenzeller

Der Flaschengeist aus Appenzell.

exakte Kräutermischung, die den besonderen Geschmack des Appenzeller Alpenbitters ausmacht, ist nämlich geheim. Bekannt ist lediglich, dass das Getränk aus 42 verschiedenen Kräutern und 29 Volumenprozent Alkohol besteht. «Nur zwei Personen kennen die genaue Rezeptur», erklärt der Geschäftsführer. «Beides sind Familienmitglieder und sie betreuen die Kräuterkammer.»

Trotz der Erfolgsgeschichte des Appenzeller Alpenbitters stagnierte das Stammgeschäft infolge des seit Jahren sinkenden Spirituosenkonsums. Durch die Übernahme exklusiver Vertriebslizenzen für die Schweiz, wie Jagertee aus Österreich, Amaretto und Grappa aus Italien, schottischem Whisky, Calvados und weiteren Spezialitäten, sicherte sich Emil Ebnetter & Co AG ein gesundes Umsatzwachstum. Gezielt suchte das KMU weitere Standbeine im Schweizer Markt ausserhalb der Spirituosenbranche. Seit 1989 ist die britische traditionsreiche Teemarke Crowing's AG eine Tochter der Emil Ebnetter & Co. Dann übernahm das Schweizer Familienunternehmen 1996

die Zafferana AG aus dem Tessin, die mit Lebensmitteln und Weinen aus dem mediterranen Raum handelt.

Appenzeller – fast schon eine Medizin

Doch das Aushängeschild des Schweizer Familienunternehmens ist und bleibt der bitter-süss schmeckende Appenzeller, der wegen seines besonderen Geschmacks schon früh ausgezeichnet worden ist: So erhielt Emil Ebnetter 1914 für sein besonderes Getränk die Goldmedaille der «Landi», der Schweizerischen Landesausstellung. Es folgten weitere Auszeichnungen an der Gastgewerbe-Ausstellung in Basel 1921 und 1927 in Zürich. Früh schon wurde der Appenzeller auch als Medizin

verwendet – vorwiegend bei Verdauungsproblemen. Plakate warben für die «heilerische» Wirkung des Appenzeller Alpenbitters. Zwar darf das Getränk inzwischen laut Gesetz nicht mehr als Medizin angepriesen werden, «doch auch heute noch genehmigen sich die Leute einen Appenzeller zum Verdauen», weiss Willi Felder.

Für dieses Jahr möchte das Unternehmen den Appenzeller im angrenzenden Deutschland und in Österreich stärker etablieren. Die Chancen stehen gut: Das Schweizer Aperitifgetränk passt genau in die zurzeit im Trend liegende Ethno-Welle. «Wir sind schliesslich der «Swiss Ethno-Drink»», schmunzelt Geschäftsführer Felder.

Drei wirtschaftspolitische Wünsche

- 1 Das überbordende Wachstum des Sozialstaats soll gezügelt werden.
- 2 Geringere Staatsquote durch eine effiziente Verwaltung und dadurch Senkung der Belastungen für Unternehmen, Bürger und Bürgerinnen.
- 3 Schaffung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen und Reduktion des administrativen Aufwands für KMU.

Jahresstützpunkt-konferenz in Schaffhausen

Die anstehenden Abstimmungsvorlagen und der gegenseitige Austausch standen im Zentrum der diesjährigen Konferenz vom 22. und 23. Januar 2004. Die kantonal organisierten Stützpunkte sind für den Verband von hoher Bedeutung, sind sie es doch, die eine Kampagne in den Regionen mit umsetzen. Der Austausch zwischen Verband und Stützpunkten gilt denn auch als bedeutender Anlass, nicht zuletzt, um die Zusammenarbeit zu optimieren. Mit Gastreferent Nationalrat Gerold Bühler erläuterte

Nationalrat Gerold Bühler hält an der Stützpunkt-konferenz sein Finanzreferat.



dieses Jahr ein profunder Kenner der schweizerischen Finanz- und Steuerpolitik Themen wie Steuerpaket, Entlastungsprogramm 2004, Un-

ternehmenssteuerreform II, Nationalbankgold, neue Finanzordnung, Finanzausgleich und die Vereinfachung der Mehrwertsteuer.

Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen; **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum; **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich; Telefon 01 421 35 35, Telefax 01 421 34 34; E-Mail: regina.hunziker@economicsuisse.ch; **Web:** www.economicsuisse.ch; **Adressänderungen:** marianne.baer@economicsuisse.ch; **Erscheinungsweise:** monatlich; **Gestaltung:** Layout 88 GmbH, 8008 Zürich; **Druck:** Druckerei Kocherhans AG, 8008 Zürich

Dokumentation

- **Steuerpaket**
 - Argumentarium. Gratis.
 - Kurzargumentarium. Gratis.
- **11. AHV-Revision**
 - Argumentarium. Gratis.
 - Kurzargumentarium. Gratis.
- **EU-Erweiterung**
 - Broschüre A5, 8 Seiten. Gratis.
- **«Zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG).»**
 - Für weniger Regulierung und mehr Wettbewerb in der Verbreitung. Positionspapier Juni 2003. Gratis.
- **Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**
 - Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch.
 - Fr. 40.- + MwSt./Porto.
- **«newsletter»**
 - Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik.
 - Erscheint monatlich, Abonnement. Gratis.
- **«wirtschaftspolitik in der schweiz 2003»**
 - Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter.
 - Fr. 50.- + MwSt./Porto.
- **«ausgabenkonzept»**
 - Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economicsuisse.ch
- **«Facts der Wirtschaft»**
 - Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4-5-mal jährlich. Gratis.
- **«Steuerkonzept»**
 - Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.-.
- **Portrait economiesuisse**
 - Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- **«Swiss Code of Best Practice»**
 - Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- **Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
 - Perspektiven bis 2007. Gratis.
- **Wirtschaftspolitische Foliensets**
 - 20 Folien allgemeine Wirtschaftspolitik (Fr. 20.-),
 - 11 Folien Sozialpolitik (Fr. 15.-),
 - + Porto oder gratis Download.
- **«E-Mail-Service»**
 - Aktuelle Meldungen von economicsuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«dossierpolitik», Pressedienst**
 - Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung Adressänderung

Firma _____

Name _____

Strasse _____

Vorname _____

PLZ/Ort _____

Funktion _____

E-Mail _____

Vernehmlassungen

20. Februar 2004

Vernehmlassung zu Änderungen im Zusammenhang mit der Erhöhung der Fahrzeug-Gesamtgewichte per 1. Januar 2005

Kontakt: peter.hutkli@economicsuisse.ch

23. Februar 2004

Informelle Vernehmlassung zur Anpassung der Schwerverkehrsabgabe ab 2005

Kontakt: peter.hutkli@economicsuisse.ch

27. Februar 2004

Vernehmlassung zum EBK-Rundschreiben «Marktmissbrauchsregeln»
Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch

Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative Schutz vor Gewalt im Familienkreis und in der Partnerschaft

Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch

5. März 2004

Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform II

Kontakt: pascal.gentinetta@economicsuisse.ch

8. März 2004

Interne Vernehmlassung zur überarbeiteten Vorlage des neuen Lohnausweises

Kontakt: pascal.gentinetta@economicsuisse.ch

15. März 2004

Vernehmlassung zum Vorentwurf und erläuternden Bericht betreffend den Beitritt der Schweiz zum UNO-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität, zum Zusatzprotokoll zur Verhinderung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern, und zum Zusatzprotokoll gegen den Menschenhandel auf dem Land-, Luft- und Seeweg

Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch

Vernehmlassung zum Seilbahngesetz (Bundesgesetz über Seilbahnen zur Personenbeförderung)

Kontakt: peter.hutkli@economicsuisse.ch

16. März 2004

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Schweizerische Exportrisikoversicherung (ERVG)

Kontakt: florent.roduit@economicsuisse.ch

17. März 2004

Vernehmlassung zum Verordnungspaket des neuen Chemikalienrechts
Kontakt: florent.roduit@economicsuisse.ch

31. März 2004

Vernehmlassung zu den neuen Schweizer Prüfungsstandards der Treuhand-Kammer

Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economicsuisse.ch anfordern.